

worden waren. Die meisten der neuen Betriebe, die ohne Berücksichtigung der vorhandenen projiziert worden waren, schufen nutzlose Kapazitäten, die sich mit den Kapazitäten anderer Betriebe überschneiden.

Im Bereich der Schwerindustrie gab es überschüssige Lagerbestände, die nicht abgesetzt werden konnten und auf diese Weise nicht zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen konnten. Die Betriebsverwaltung ließ und läßt zu wünschen übrig, so daß auch aus diesem Grunde die wirtschaftlichen Resultate nicht zufriedenstellend sind. Der Verbrauch von Energie und Rohmaterialien in der Produktion ist nach internationalen Maßstäben relativ hoch.

### 3.3.2. Modernisierungs- und Reformprobleme

Am 20. Oktober 1984 wurde von der chinesischen Führung ein Dokument zur Reform der Wirtschaft verabschiedet. Es handelt fast ausschließlich über den Bereich der Industriewirtschaft. Im Mittelpunkt der Industriereform steht die Dezentralisierung, was die Rolle der Betriebe stärken soll. Gefordert wird eine schärfere Trennung zwischen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und der eigentlichen betrieblichen Führung. Für alle laufenden Entscheidungen sollen die Betriebe Autonomierechte erhalten. Das Abgabe- bzw. Zuteilungssystem für Investitions- und laufende Mittel wird durch die Einführung eines Steuersystems ersetzt. Nach Abführung der Steuern können die Betriebe weitgehend eigenständig über die verbleibenden Mittel verfügen. Investitionen können jetzt über Kredite finanziert werden. Diese Einzelelemente der Reform zielen alle darauf ab, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Die im Reformdokument genannte Rahmenreform bezieht sich auf das Planungssystem und die Preise. Vorgesehen ist das Nebeneinander von drei Bereichen: Wichtige strategische Güter unterliegen weiterhin der Befehlsplanung, im mittleren Bereich gibt es die Indikativ- bzw. Leitplanung, während der Rest über Angebots- und Nachfragemechanismen gesteuert werden soll. Der letztere Bereich wird jedoch weiter mit dem Plansystem verknüpft bleiben, worauf schon der Terminus "plangeleitete Marktregulierung" hinweist. Zu dem Bereich der strategischen Güter, die zentral geplant werden, gehören nach einem Dokument der Planungskommission z.B. Kohle, Erdöl, Zement, Bauholz, Elektrizität, Basischemikalien, Maschinen, elektrische Ausrüstungen usw. Der Bereich der Indikativ- oder Leitplanung soll im

Verhältnis zur Befehlsplanung relativ schnell anwachsen, die Steuerung erfolgt hier vor allem mit ökonomischen Mitteln, z.B. über das Steuersystem.

Dreh- und Angelpunkt jeglicher Wirtschaftsreform ist das Preissystem. Laut Reformdokument sollen viele der noch bestehenden irrationalen Preise (beispielsweise für Rohstoffe) verändert werden, um den Anforderungen des Marktes genügen zu können. Die Differenz zwischen den staatlichen Aufkaufpreisen vieler Güter und den staatlichen Einzelhandelspreisen, die zu einer "Subventionsfalle" geführt hatte (ca. ein Drittel der Staatseinnahmen wurden für Preis-subsidien ausgegeben), soll abgebaut werden. Das bedeutet eine Erhöhung der Preise vieler Konsumgüter. Um aber vor allem die städtische Bevölkerung nicht schlechter zu stellen, sollen auch die Löhne angehoben werden. Ob die Lohnanhebung nur in Abhängigkeit von Produktivitätssteigerungen durchgeführt werden kann, bleibt eine offene Frage. In Verbindung mit neu geschaffenen Geldschöpfungsmöglichkeiten des Bankensystems ergeben sich aus diesen Teilreformen potentielle Inflationseffekte.

Nach den Vorstellungen des Reformdokumentes gibt es drei unterschiedliche Wirtschafts- und Eigentumsformen in der chinesischen Industrie. Neben den staatlichen und kollektiven Betrieben steigt der Anteil der privat wirtschaftenden Spezialhaushalte in Industrie und Handel sehr schnell an. Gegenwärtig ist es zu früh zu beurteilen, welche Verschiebungen sich hier ergeben werden bzw. welche neuen Relationen sich herausbilden können.

### 3.4. Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor war bislang völlig unterentwickelt. In diesem Bereich werden jetzt die sogenannten Spezialhaushalte vor allem tätig. Neue Restaurants, Reparaturbetriebe usw. schießen aus dem Boden. Diese neuen Betriebe haben eine doppelte Bedeutung. Zum einen wird die Versorgung der Bevölkerung beträchtlich verbessert, zum anderen werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Insbesondere viele der bislang arbeitslosen Jugendlichen in den Städten erhalten die Möglichkeit, eine sinnvolle Tätigkeit in den neuen Betrieben zu finden. Allerdings ist auch zu beobachten, daß verschiedene staatliche und kollektive Betriebe die neue Konkurrenz mit gemischten Gefühlen betrachten. Von mittleren und unteren Verwaltungsebenen ist versucht worden, den Privatbetrieben durch Verwaltungsschikanen große Schwierigkeiten zu bereiten.

Die zentrale Führung in Beijing wirkt diesen Tendenzen entgegen, kann jedoch oft nicht wirksam einschreiten oder wird unzureichend über die Mißstände informiert.

Eine für die Reform bzw. die Modernisierung der Wirtschaft besonders wichtige Gruppe, nämlich die Intellektuellen, soll nun besonders gefördert werden. Was die materiellen Vergütungen angeht, so war diese Gruppe ziemlich kräftig benachteiligt worden. Bei vielen Intellektuellen hatte sich ein Unmut herausgebildet. Im Zuge der Reform des Lohnsystems sollen die Intellektuellen nun bessergestellt werden. Der geplante Austausch älterer Kader gegen jüngere, gut ausgebildete Nachwuchskräfte wird dadurch gefördert werden, daß das Pensionssystem für die ausscheidenden Kader verbessert wird.

\*

\*

\*

## 4. AUSSENWIRTSCHAFT

\*

Erhard Louven

\*

\*

\* \* \* \* \*

### 4.1. Änderung des außenwirtschaftlichen Zielsystems

Bis etwa zum Jahre 1976 fiel dem Außenhandel die Rolle zu, Überschüsse und Defizite der Binnenwirtschaft auszugleichen. Waren z.B. Fehlmengen an Getreide zu beschaffen, so wurde ein Exportprogramm aufgelegt, um die nötigen Devisen zum Einkauf von Getreide im Ausland zu erwirtschaften. Die neue Doktrin des Außenhandels beinhaltet zwar weiterhin die sogenannte Ausgleichsfunktion, in den Vordergrund getreten ist jedoch stärker die sogenannte "Hebelfunktion" des Außenhandels. Dem Außenhandel fällt nun die Rolle zu, die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft voranzutreiben, den gesamten Produktionsapparat sozusagen auf eine höhere Ebene zu hebeln. Auf der Importseite geschieht dies durch moderne Technologien, die zu einer Rationalisierung des wirtschaftlichen Ablaufs beitragen sollen. Auch durch den Export sollen Modernisierungswirkungen erzielt werden. Die Güter, die die Volksrepublik anbietet, müssen auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sein. Das erfordert bestimmte Qualitäten, die wiederum nur mit einem angemessenen modernen Produktionsapparat hergestellt werden können.

## 4.2. Außenhandel

### 4.2.1. Regionalstruktur

Im Jahre 1984 erreichte der chinesische Außenhandel mit ca. 50 Mrd. US\$ ein sehr gutes Ergebnis. Die Handelsbilanz war mit rund 1 Mrd. US\$ defizitär. Die Einfuhren stiegen 1984 gegenüber dem Vorjahr um 37,8% auf 25,53 Mrd. US\$, während die Exporte um 10,1% auf 24,44 Mrd. US\$ zunahmen.

Wichtigste Handelspartner der Volksrepublik blieben auch im Jahre 1984 Japan, Hongkong, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Gemeinschaft. Der Handelsaustausch mit Japan betrug 12,4 Mrd. US\$, mit Hongkong 8,5 Mrd. US\$ (Spezialproblem: Entrepot-Handel), mit den Vereinigten Staaten 6,07 Mrd. US\$ und mit der Europäischen Gemeinschaft 5,5 Mrd. US\$. Innerhalb der EG nahm wiederum die Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Platz ein. Die Einfuhren aus der Volksrepublik China betragen ca. 730 Mio. US\$, während die Ausfuhren nach China sich auf ca. 900 Mio. US\$ beliefen. Der Handel der Volksrepublik China mit der Sowjetunion nahm 1984 gegenüber 1983 um 73,3% zu und erreichte mit 1,168 Mrd. US\$ ein Rekordergebnis. Zum Teil ist der Anstieg des chinesisch-sowjetischen Handels auf die Lieferungen sowjetischer Ersatzteile für Maschinen zurückzuführen, die die Volksrepublik in den 1950er Jahren aus der Sowjetunion bezogen hatte. Das seit längerem bestehende Triangulationsmuster im chinesischen Außenhandel hat sich auch 1984 nicht wesentlich verändert. Im Handel mit den westlichen Industriestaaten mußte die Volksrepublik China Defizite hinnehmen, die im Handel mit den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas im wesentlichen ausgeglichen wurden.

### 4.2.2. Warenstruktur

Die Warenstruktur des chinesischen Außenhandels ändert sich in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik. Die gute Entwicklung in der Landwirtschaft spiegelt sich auch in der Außenwirtschaft wider. So wurde 1984 eine erhebliche Zunahme der Exporte von Speiseöl, Lebensmitteln und erstmals auch von Baumwolle verzeichnet. Der Export von Erdöl und Erdölprodukten, vorwiegend nach Japan, nahm zu.

Die Einfuhren der Volksrepublik spiegeln die Erfordernisse des Modernisierungsprogramms wider. An der Spitze lagen Industrieausrüstungen, Spitzentechnologien, Kraftfahrzeuge, Stahl, Kunstdünger und Chemiefasern. Als Folge der guten chinesischen Getreideernte nahmen die Weizenimporte ab.

## 4.3. Änderung der regionalen Wirtschaftspolitik

### 4.3.1. Vorrang der Küstenprovinzen

Die Außenwirtschaft wird in nicht unbeträchtlichem Ausmaß auch von der Änderung der regionalen Wirtschaftspolitik beeinflusst. Die Änderung der regionalen Wirtschaftspolitik begann mit dem sechsten Fünfjahresplan (1981-1985). Hier wurde nämlich bestimmt, daß die Küstenprovinzen aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Ausstattung schneller wachsen sollten als die Inlandsprovinzen, denen die Rolle zufiel, Rohstoffe und Energie für die Küstenprovinzen zu liefern. Die Wachstums- und Modernisierungserfolge der Küstenprovinzen sollten dann an die Inlandsprovinzen weitergegeben werden. Innerhalb der Küstenprovinzen wurden zunächst zwei besondere Wachstumszonen bestimmt. Zum einen handelt es sich um das Gebiet um Beijing und Tianjin, in dem die Schwer- und Chemieindustrie besonders gefördert werden sollen. Das zweite Gebiet liegt im Yangzi-Delta mit dem Kristallisationspunkt Shanghai. Hier sollen die Leicht- und vor allem auch die Elektronik-Industrie besonders gefördert werden.

### 4.3.2. Wirtschaftssonderzonen

Seit etwa 1981 wurde in den Provinzen Fujian und Guangdong mit dem Ausbau von insgesamt vier Wirtschaftssonderzonen begonnen. Im Norden von Hongkong liegt die größte dieser Zonen, nämlich Shenzhen. Nördlich an Macau schließt sich Zhuhai an. Die beiden übrigen Zonen sind Shantou und Xiamen (Provinz Fujian). In diesen Zonen, die gegenüber dem übrigen chinesischen Territorium relativ dicht abgeschottet sind, werden den Ausländern Vorzugsbedingungen für Investitionen und andere Formen der Wirtschaftskooperation geboten. So beträgt z.B. die Körperschaftsteuer in den Zonen nur 15%, während sie im übrigen China doppelt so hoch ist.

Vor allem die Wirtschaftssonderzonen Shenzhen und Zhuhai sind in ihrer engen Verbindung mit Hongkong und Macau zu sehen. Ein Blick auf die bislang in Shenzhen getätigten Investitionen und auf die anderen Wirtschaftsprojekte zeigt, daß das Hongkong-Kapital doch einen dominierenden Einfluß hat.

### 4.3.3. Öffnung von 14 Küstenstädten

Anfang April 1984 wurde beschlossen, 14 Küstenstädte von Dalian im Norden bis Beihai im Süden für die Außenwirtschaft zu öffnen und ihnen größere Vollmachten zu geben. Das ausländische Kapital, so die Ziele der Führung, sollte dazu aufgefordert werden, zur technischen

Umgestaltung alter Betriebe und zum Bau neuer Fabriken Beiträge zu liefern. Die Städte haben nun größere Befugnisse erhalten, Projekte mit ausländischem Kapital zu überprüfen und zu genehmigen. Für Projekte im produktiven Bereich außerhalb der staatlichen Pläne sind je nach Bedeutung der Städte unterschiedliche Summen für die Investitionsmittel festgesetzt worden, über die die Städte autonom entscheiden können. Shanghai und Tianjin haben das Recht, über Investitionsprojekte bis zu 30 Mio. US\$ zu entscheiden, Dalian und Guangzhou können Entscheidungen bis zu 10 Mio. US\$ treffen, während für alle anderen Städte 5 Mio. US\$ gilt.

Es zeigt sich jedoch, daß zwischen den Plänen der chinesischen Führung und der Akzeptanz der neuen Pläne durch die Ausländer gewisse Unterschiede bestehen. Die ausländischen Investoren sind im allgemeinen nur bedingt daran interessiert, bestehende chinesische Betriebe zu modernisieren. Sie können ihren Einfluß in diesen Betrieben nicht voll zur Geltung bringen. Die Ausländer bevorzugen deshalb neue Betriebe, deren Kapital sich entweder in ihrem alleinigen Besitz befindet oder die sie zusammen mit chinesischen Partnern gründen. Aus diesem Grunde stehen die sogenannten Entwicklungszonen, die von allen Küstenstädten nun ausgewiesen worden sind, im Vordergrund des ausländischen Interesses. Gegenwärtig arbeiten die Städte an den Entwicklungsplänen für die Entwicklungszonen. Zunächst sind auch die beträchtlichen infrastrukturellen Probleme, wie z.B. die Versorgung mit Kommunikationseinrichtungen und Energie sowie die Verkehrsanbindung, zu lösen.

## 4.4. Andere Formen der Wirtschaftskooperation

### 4.4.1. Joint Ventures

Neben dem konventionellen Außenhandel kommen in der Volksrepublik China fast alle anderen Formen der Wirtschaftskooperation zum Zuge, also z.B. Barter Trade, Kompensationsgeschäfte der verschiedensten Art, Gemeinschaftsproduktion, Lohnveredelung, Lizenz- und Know-how-Transfer usw. Die engste Form der Wirtschaftskooperation ist jedoch zweifellos das Joint Equity Venture, das von den Chinesen bevorzugt wird. Das Joint Equity Venture ist von dem sogenannten Contractual Joint Venture zu unterscheiden, das eine chinesische Sonderform ist.

Hinsichtlich der Implementierung von Joint Equity Ventures verfolgt die chinesische Führung eine dreiteilige Strategie. Zum einen sind

eine ganze Reihe neuer Gesetze erlassen worden, darunter das Joint Venture-Gesetz vom 18. Juli 1979 und die Bestimmungen über die Durchführung des Gesetzes der Volksrepublik über Joint Ventures vom 20.9.1983. Zum anderen sind von den chinesischen Behörden interne Richtlinien erlassen worden. Als drittes sind Modellverträge im Umlauf, die als Ausgangsbasis für Verhandlungen gelten. Neben den formalen Gesetzen werden auch die internen Richtlinien und die Modellverträge von den chinesischen Behörden als rechtswirksam angesehen. Für den Ausländer ist dies mißlich, da er sich in diesem Regelungsdschungel nicht auskennen kann. Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß der tatsächliche rechtliche Rahmen für Joint Venture-Verhandlungen enger ist, als es die formalen Gesetze aussagen.

In den meisten der bislang bekannt gewordenen Joint Ventures betrug das ausländische Beteiligungsverhältnis ca. 50%. Ob nun vom Ausländer 49%, 50% oder 51% Kapitalbeteiligung realisiert werden kann, ist eher ein Problem seiner Verhandlungsstärke und nicht primär eine Frage der eingebrachten Vermögenswerte. Die Position des Ausländers ist dann relativ stark, wenn es sich bei den involvierten Leistungen des Joint Ventures um solche handelt, die in der Volksrepublik dringend benötigt werden.

Was die Bewertung der eingebrachten westlichen Technologie angeht, so sind bislang im wesentlichen zwei Wege beschritten worden. Zum einen wird Know-how oder industrielles Eigentum kapitalisiert, d.h., es wird den einzubringenden Maschinen oder Anlagen als Anteil hinzugefügt. Zum anderen wird die Technologie durch einen Lizenzvertrag übertragen. Die Frage der Kapitalisierung von Know-how war bislang eine der schwierigsten, die bei Joint Venture-Verhandlungen entstand. Die Chinesen sahen nämlich noch bis vor kurzem technisches Wissen, überhaupt geistiges Eigentum, als frei zugängliche und verfügbare Güter an. Diese Einstellung ändert sich erst langsam. Immerhin tritt aber am 1. April 1985 das neue Patentgesetz der Volksrepublik in Kraft.

Joint Ventures haben im chinesischen Planungssystem eine prioritäre Stellung, d.h., sie werden im allgemeinen bevorzugt mit Roh- und Halbmaterialien beliefert. Auf diesem Gebiet gibt es eine ganze Menge von Regelungen; für einige Rohmaterialien sind beispielsweise internationale Preise zu bezahlen, bei anderen Gütern sind die Preise niedriger als auf dem Weltmarkt. Das chinesische Plansystem wirkt sich dann für die Joint Ventures

vorteilhaft aus, wenn es darum geht, festgeschriebene Gewinnmargen zu erreichen. Das geschieht häufig von der Kostenseite her, indem die Preise der Input-Güter eben entsprechend niedrig festgelegt werden.

Die chinesischen Behörden hatten anfangs den Grundsatz aufgestellt, daß die Mehrheit der von den Joint Ventures hergestellten Produkte auf Auslandsmärkten abgesetzt werden sollte. Inzwischen ist bekannt geworden, daß Joint Ventures auch den inländischen chinesischen Markt beliefern, und zwar immer dann, wenn es sich um Engpaßprodukte handelt. Falls auf diese Weise die beispielsweise für den Gewinntransfer benötigten Devisen nicht erwirtschaftet werden, so werden sie von zentralen Stellen zur Verfügung gestellt.

4.4.2. Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern

Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1985 soll das Gesetz über Unternehmen in China, die ausschließlich mit ausländischem Kapital betrieben werden, verabschiedet werden. Schon jetzt ist bekannt geworden, daß diese Unternehmen bei der Betriebsführung mehr Entscheidungsbefugnisse als Gemeinschaftsunternehmen hätten. Die chinesische Regierung würde sich nicht einmischen, solange die Unternehmen nicht gegen chinesische Gesetze verstoßen und nicht den genehmigten Geschäftsbereich überschreiten. Den ausländischen Investoren soll auch garantiert werden, daß sie Einnahmen in chinesischer Währung in Devisen konvertieren und ins Ausland transferieren können.

4.4.3. Sonstige Formen

Weitere Formen der Wirtschaftskooperation sind oben bereits genannt worden. In der größten Wirtschaftssonderzone Shenzhen sind neben Joint Ventures auch Projekte der Gemeinschaftsproduktion oder der Lohnveredelung gang und gebe. Japanische Firmen haben bislang mit chinesischen Partnern nur wenige Joint Ventures gegründet, sie ziehen andere Formen der Kooperation vor. Der Grund dafür ist die Sorge, daß die Joint Ventures den japanischen Unternehmen besonders auf den südostasiatischen Märkten Konkurrenz machen könnten. Hinzu kommt die Politik der Japaner, beim Technologietransfer weitaus zurückhaltender zu sein als etwa amerikanische oder westeuropäische Unternehmen.

4.5. Finanzwirtschaftliche Aspekte der Außenwirtschaft

Die Bonität der Volksrepublik wird als hervorragend eingeschätzt. Die Auslandsschulden (inkl. Lieferantenkredite) betragen z.Zt. zwi-

schen 7 und 8 Mrd.US\$, denen Devisenreserven in Höhe von ca. 16 Mrd.US\$ gegenüberstehen. Die Schuldendienstrate beträgt zwischen 8% und 9%. Die chinesische Führung hat die Absicht, die Modernisierung des Landes stärker mit Auslandskrediten zu finanzieren. Vorgesehen ist für die nächsten zehn Jahre eine zusätzliche Kreditaufnahme von ca. 50 Mrd.US\$. Chinesische Ökonomen halten eine Schuldendienstrate von ca. 25% für durchaus handhabbar. Die sich hier anschließende Frage bezieht sich auf die Wirkungen, die ein stärkeres Vordringen der Chinesen auf den Weltmärkten haben würde. Zum einen sind andere Entwicklungsländer, wie z.B. Indien, durch das stärkere chinesische Engagement bereits jetzt betroffen, zum anderen sind - wie im Falle der amerikanischen Textilindustrie schon geschehen - Abwehrmaßnahmen der Industrieländer, z.B. Quotenregelungen oder Abwehrzölle, nicht ausgeschlossen.

\*

\*

5. GESCHÄFTSANBAHNUNG MIT DER VOLKSREPUBLIK CHINA

\*

Erhard Louven

\*

\*

\*\*\*\*\*

5.1. Allgemeine Bemerkungen

An dieser Stelle ist es angebracht, eine im Grunde genommen triviale Formulierung aufzunehmen, die in vielen chinesischen Publikationen, vor allem in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, immer wieder auftaucht, nämlich daß China ein großes Land ist, daß es sich über eine große Fläche erstreckt und daß es mehr als eine Milliarde Einwohner hat. Hier sollen diese Aussagen nur darauf hinweisen, daß die Verhältnisse in China sehr unterschiedlich sein können. Je nachdem, ob er sich in dem industriell hochentwickelten, kosmopolitischen Shanghai oder in einer sog. Inlandsprovinz, wie z.B. Qinghai, befindet, wird sich der ausländische Geschäftsmann unterschiedlichen Bedingungen und Anforderungen gegenübersehen. Die Bedingungen wandeln sich auch in Abhängigkeit davon, ob jemand exportieren oder importieren will, ob ein Joint Venture errichtet werden soll oder ob eine andere Form der Wirtschaftskooperation in Betracht gezogen wird. Die Situation des Ausländers wird des weiteren davon abhängen, ob die von ihm angebotenen Güter oder Dienstleistungen in China dringend benötigt werden oder ob es sich jemand in den Kopf gesetzt hat, Lagerge-